

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle bei H. H. H. zweimalige Wochenschrift...  
Preis: 2,50 monatlich...  
Belegkarte (ohne Postgebühr) bei jeder Bestellung...  
Kleinvertrieb: 10 Rp.

Druck u. Verlag: K. Lepke & Neidhardt, Dresden-K. I., Marienstraße 18/12, Fernruf 2524. Postfachkonto 1068 Dresden  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amts Hauptmannschaft Dresden und des Schiedsamt beim Oberverwaltungsamt Dresden

Abonnementpreis: 12,00 Rp. Vierteljährlich...  
Einzelhefte: 2,50 Rp. (inkl. Postgebühr) ...  
Kleinvertrieb: 10 Rp.

## Göring-Erlaß gegen Zentrumsuntriebe

### Klare Scheidung zwischen Religion und Politik

Berlin, 17. Juli.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei General Göring hat in einem Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sich mit der ablehnenden Haltung gewisser Kreise des katholischen Klerus gegen den Nationalsozialismus und seine Einrichtungen befaßt. In diesem Erlaß wird die außerordentlichen Leistungen des nationalsozialistischen Staates und im Gegenstand zu der bereitwilligen Anerkennung, die ihm das gesamte Volk für seine erfolgreichen Anstrengungen auf allen Lebensgebieten zollt, glaubt eine Anzahl katholischer Geistlicher immer noch, die ihnen anvertrauten Volksgenossen an der nationalsozialistischen Idee irre machen zu sollen, nur weil sie ihren politischen Einfluß schwinden lassen.

Beranstaltungen, sondern sie führen große demonstrative Prozessionen und Kirchenfeste und bedienen sich dabei einer in der Vergangenheit noch nicht dagewesenen Ausrüstung und Werbung für diese Veranstaltungen. Neben allem dem nationalsozialistischen Kampf abgesehen, anderer Formen verleiten sie die ihnen aus religiösen Vertrauen anvertrauten Volksgenossen bis zu schmerzhaften Ausdrücken wie: „Unser himmlischer Führer Jesus Christus, Trenn Heil!“

Von der Kanzlei sehen sie staatliche Einrichtungen und Maßnahmen ohne Scheu herab.

Der Ministerpräsident nimmt dabei auf den kirchlich erlangten Erlaß des Reichs- und preussischen Ministers des Innern Bezug, der sich gegen die Sabotage der Kassengesetze wendet. Es ist soweit gekommen, daß gläubige Katholiken als einziger Eindruck aus dem Munde des Gottesdiensts mitnehmen, daß die katholische Kirche Einrichtungen des nationalsozialistischen Staates ablehnt, weil in den Predigten fortgesetzt auf politische Fragen und Tagesereignisse in polemischer Weise angepielt wird. In manchen Landesteilen vergeht fast kein Sonntag, an dem nicht die religiöse Ergriffenheit des Gottesdiensts zur Vorlesung sogenannter „Kasselerklärungen“ über rein politische Dinge mißbraucht wird.

Die kirchlichen Oberen sind nach dem von ihnen geschworenen Bistumsverständnis der Regierung schuldig und verpflichtet, sie auch vom Klerus achten zu lassen.

Der Ministerpräsident lehnt die Entfestigung eines Kulturkampfes gegen die katholische Kirche nach wie vor auf das bestimmteste ab.

Er hält es aber für unbedingt notwendig, mit aller Energie gegen diejenigen Bestrebungen vorzugehen, die von dem politischen Katholizismus her dem nationalsozialistischen Staat im Kampfe entgegenzutreten. Demgemäß hat er, um dem Treiben solcher anti-nationalsozialistischen katholischen Geistlichen, deren Einstellung und Haltung immer noch in der Gedankenwelt der ehemaligen Zentrumsgruppe wurzelt, ein Ende zu bereiten.

Die Staatsbehörden angewiesen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen solche Mißliebigen des Klerus vorzugehen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Der Erlaß führt unter anderem aus: Die Linie der Staatsführung in der Behandlung des politischen Katholizismus ist eindeutig und klar vorgezeichnet. Der nationalsozialistische Staat gewährleistet die Unverletzlichkeit der persönlichen und damit auch der kirchlichen Kirche; er gewährt ihr und ihren religiösen Einrichtungen seinen Schutz. Die Stellen, in denen der Wille und die Macht des Staates nicht hinreichend ist, die Kirche vor den zerstörenden Einflüssen der Gottbewegung zu schützen, sind vorüber. Für die Kirche entsfällt damit jede Verantwortung, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem auszuüben. Sie darf daher weder Gott anrufen gegen diesen Sinn — eine Ungehörigkeit, die wir in offener und verhetzter Form allsonntäglich erleben —, noch darf sie eigene politische Kräfte unter der falschen Begründung organisieren, sie müsse vom Staat her drohende Gefahren abwehren.

Nach ihren Erklärungen verurteilen sie auch das geschriebene Treiben, anscheinend sind sie aber gegen gewisse Teile des Klerus maßlos. Da alle Wurzeln nur zu einem kleinen Bruchteil der bisherigen Rechtschaffenheit angehört haben, erwartet der Ministerpräsident nunmehr von allen Staatsverfassungsbekämpfern, daß sie die ganze Härte der bestehenden Bestimmungen in Anwendung bringen.

Der Erlaß führt dann die zahlreichen Fälle auf, in denen Kleriker ihren staatsfeindlichen Einfluß geltend zu machen versucht haben, und legt dar, wie tief dem Gebaren zu bezaubern ist. Grundlegend wird festgestellt, daß von den Geistlichen soweit sie — namentlich im Religionsunterricht — im Staatsdienst tätig sind, verlangt werden muß, daß sie sich nicht nur während des Unterrichts jeder negativen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus enthalten haben, sondern daß sie darüber hinaus, wie alle anderen Staatsbediensteten, für den nationalsozialistischen Staat positiv einzutreten haben, sich also mit ihrer ganzen Persönlichkeit rüchthalten.

Wir bulden Bestrebungen nicht, deren Träger früher das Zentrum war.

Wir bekämpfen sie, auch wenn sie unter dem Deckmantel religiöser Betätigung in Erscheinung treten; wir bekämpfen sie um so entschiedener, je mehr sie sich in Hinterhältigkeit und verlogene Formen kleiden. Dazu gehört es, wenn Kleriker, verlogene Formen kleiden, dazu gehört es, wenn Kleriker, die sich mit der politischen Sozialität des Nationalsozialismus nicht abfinden wollen, in letzter Zeit mehr und mehr die Kundstufen, Wortreden und Symbole des nationalsozialistischen Kampfes auf ihren angeblichen „Kampfen“ übertragen. Sie wenden jedem Volksgenossen in Hells und Blut übertragene Mordworte — wie „Herr, Jesus Christus“, „Herr, Jesus Christus“ — auf Grund der Kirchenbücher und Abwandlung des Deutschen Grußes auf „Jesus Christus“ an. Sie verlassen es nicht bei den altüberbrachten kirchlichen

## Gebietsaustausch: ja; Abtretung: nein

**Erklärung des Kaisers von Abessinien**  
London, 18. Juli.

„Times“ veröffentlicht ein Interview, das der Korrespondent des Blattes in Addis Abeba mit dem Kaiser von Abessinien hatte. Der Kaiser erklärte, Abessinien wünsche, daß der Völkerbund ungefähr am 25. Juli die Lage prüfe und warte auf die Entscheidung, ohne diplomatische Schritte zu unternehmen. Abessinien erkenne den eventuellen Wert des Vertrages von 1908 für den Frieden an, aber Rußland setze die Entsendung von Truppen und Kriegsmaterial fort und drohe, persönlich zu erscheinen. Infolgedessen dürfe ein Vorgehen auf Grund dieses Vertrages keinen Wert haben, zumal da Großbritannien die einzige der drei Signatarmächte sei, die auf seiner Anwendung bestünde. Der Kaiser erklärte sich sehr erfreut über die Haltung Hoover und Eden. In Abessinien werde keine Kritik daran geübt, daß Großbritannien sich freie Hand bei der Vermittlung um Frieden vorbehalte. Kaiser habe weder Italien noch ein anderes Land Abessinien einen direkten Vorstoß wegen des Abens einer italienischen Eisenbahn von Briten nach Somali gemacht. Selbst wenn dies geschehe, so würde die Einzelheiten Schwierigkeiten machen. Immerhin sei Abessinien noch immer bereit, die Frage zu erörtern.

## „Die Opfer härter, als erwartet wurde“

**Savals, Berordnungen**  
Paris, 18. Juli.

24 Stunden nach der Veröffentlichung der 28 Eingangsgebote ist die Presse in der Beurteilung zurückhaltender als wie am ersten Tage, wo man noch den Mut der Regierung bewunderte und die Notwendigkeit der Maßnahmen unterstrich. Daß diese Notwendigkeit besteht, wird nicht geleugnet, aber eine nähere Betrachtung der Berordnungen hat doch gezeigt, daß die vom französischen Volk verlangten Opfer härter sind, als erwartet wurde. Vor allem ist man besorgt, ob den Abstrichen an dem Einkommen auch ein entsprechender Rückgang in der Senkung der Lebenshaltungskosten folgen wird.

Die sozialistische und kommunistische Linke ist sich einig in der Beurteilung der Berordnungen.

Sie ermuntern den Unwillen, der sich in den von den Gehaltskürzungen betroffenen Beamten- und Angestelltenkreisen zeigt. Obwohl die Regierung jede öffentliche Kundgebung verbieten hat, haben die Blätter der äußersten Linken in diesen Kreisen den Beschluß der Beamtenverbände und der Gewerkschafter hervor, am Freitagabend öffentlich an dem Programm zu demonstrieren. Es scheint, als ob sich ein außerordentlich harter Widerstand gegen die Regierung herausbilde.

Unmittelbare politische Folgen dürften jedoch kaum zu erwarten sein.

In parlamentarischen Kreisen ist die Stimmung ambivalent. Man glaubt jedoch nicht, daß die Finanzkom-

mmission noch vor Mitte September zusammentreten wird, um die Maßnahmen der Regierung einer kritischen Nachprüfung zu unterziehen. Selbst das rechtsextremistische „Echo de Paris“ gibt an, daß die geforderten Opfer von außerordentlicher Härte sind, doch würden sie bei keinem Franzosen erparat. Die Berordnungen würden unter dem Zeichen der Gleichheit und der Notwendigkeit. Würden die Maßnahmen strenger, was allerdings unwahrscheinlich sei, so könnte Frankreich morgen vor dem Bankrott, vor der Inflation und vor einer politischen Krise, in der die soziale Ordnung zusammenbrechen würde. Das „Journal“ meint, die Berordnungen bedeuteten den letzten Versuch, der sie zu einer wirtschaftlichen Sanierung gemacht worden sei. Der offizielle „Zeit Paris“ erklärt, Laval führe seine Operation mit unvergleichlicher Weisheit, Hartnäckigkeit und Sicherheit durch. Der 18. Juli sei ein entscheidender Tag für die Verteidigung der französischen Währung und für die weltanschauliche Wiederherstellung des Landes. Wesentlich spezifischer ist das „Zeit Journal“, das als Anhänger einer Inflation seine Meinung in den Worten zusammenfaßt: „Das Deflationsexperiment hat begonnen.“ In scharfer Opposition steht der „Quotidien“, der erklärt:

„Daß Laval weder die Banken ansehe, noch die Klitten gesellschaftlichen, noch die Steuerinteressen.“

Das Blatt der sozialistischen Gewerkschaften nennt die Regierungsmassnahmen einen hoffnungslosen Versuch, das wirtschaftliche Regime zu retten. Auf jeden Fall sei es ein Versuch, den man nicht ein zweites Mal wiederholen könne.

über die Möglichkeit territorialer Zugeständnisse

beurteilt sich der Kaiser sehr entschieden. Es komme nur ein Austausch von Gebieten in Frage. Wenn das Angebot bezüglich des Hafens von Seila noch bestehen, dann sei er zu einer Gegenleistung an Italien bereit. Der Umfang des Gebietes könne noch nicht bezeichnet werden, aber hinsichtlich seiner Lage bestche kein Zweifel.

Abessinien lehne es unbedingt ab, eine der nördlichen Provinzen abzutreten, und die Bezirke von Krassi, Galla, Dale, Liban und Boran lägen nicht in Frage. Es könne sich nur um einen Teil von Ogaden (an der Grenze von Italien-Somaliland) handeln. Über Vorandlegung sei, daß das Angebot auf Abtretung von Seila bestehen bleibe.

Während seiner europäischen Reise habe er der britischen und der französischen Regierung gegenüber hervorgehoben, daß Abessinien einen Hafen an der Küste des Roten Meeres brauche. Dies sei noch immer wichtiger als Darlehen oder sonstiger finanzieller Beistand. Der Hauptgrund für die Abspernung Abessinien gegen die Zivilisation sei das Fehlen eines Hafens. Was die Drohung Italiens angehe, im Ozean die Frage der Sklaverei aufzuwickeln, so beschränke sich die Sklaverei nicht auf Abessinien, sondern blühe auch in Tripolis und Eritrea, was die Italiener selbst zugäben und was dem Völkerbund bekannt sei.

Der Kaiser äußerte Bedauern über die Entscheidung, daß im Widerspruch zu dem Vertrag von 1908 der Entsendung von Kriegsmaterial nach Abessinien Schwierigkeiten gemacht würden, besonders von der Tschechoslowakei und Belgien. Er sagte, wenn diese Haltung bestehen bliebe, während Italien nach wie vor Kriegsmaterial in seine Kolonien schickte, dann werde Abessinien nicht imstande sein, seine Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Der Kaiser schloß, wenn